

## Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten

Steinbach, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinbach, P. (1989). Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu : Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 19-34). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338038>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

## Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten

Peter Steinbach

Im Rahmen dieses Bandes, dem es auf eine Bestandsaufnahme und kritische Sichtung vorhandener Möglichkeiten internationaler historischer Wahlforschung ankommt, kann die Weite meines Themas nur durch meinen Auftrag verständlich gemacht und gerechtfertigt werden, "Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Eliten- und Wahlforschung" zu entwickeln, Interpretationsmöglichkeiten zu diskutieren und bisher vorgeschlagene Deutungen zu modifizieren 1). Dabei wird sich herausstellen, daß eine der wichtigen Modifikationen sich auf die Annahme bezieht, im Zuge einer Nationalisierung des politischen Massenmarktes habe sich eine Deregionalisierung bzw. Reregionalisierung des Wahlverhaltens und des parteigeschichtlichen Gesamtzusammenhanges ergeben 2).

Mein Beitrag zielt auf Bestandsaufnahme und Problematisierung, nicht aber primär auf die Interpretation von Befunden unseres Passauer wahlhistorischen Forschungsprojektes. Ich beziehe mich dabei auf Deutungen der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die sich am Paradigma der Modernisierung orientieren.

Die Materialgrundlage für eine Untersuchung des Wahlverhaltens ist durch das sehr gute statistische Handbuch, so bezeichne ich das von Gerhard A. Ritter und Merith Niehuss herausgegebene wahlgeschichtliche Arbeitsbuch gerne, auf eine gute Grundlage gestellt 3) - und überdies finden sich in der Einleitung der Herausgeber die meisten der lohnenswerten Fragen und Differenzierungen. Insofern bin ich Epigone. Vielleicht sind wir inzwischen aber ein wenig weitergekommen bei der Beantwortung der relevanten wahlhistorischen Fragen.

Fragen nach dem Zusammenhang von sozialer Entwicklung und politischer Haltung der Bevölkerung, von Verfassungssystem und politischem Alltag auf verschiedenen politischen Ebenen, nach den Wirkungen föderaler Strukturen auf Parteiensystem und Politikentwicklung, Vielfältigkeit und Einheitlichkeit des Politischen sind nicht überholt. Auch der Entstehungsprozeß "regionaler Schwerpunkte" des deutschen Parteiensystems, die in den Folgejahrzehnten die Struktur des deutschen Parteiensystems ebenso bestimmten wie die innerorganisatorischen Entwicklungen, müssen weiterhin zu den brisanten Themen deutscher Parteiengeschichte gerechnet werden 4), wie die Auseinandersetzungen

1) Dabei verstehe ich meine Aufgabe nicht als Auftrag, bibliographische Übersichten bereitzustellen. Ich behalte deshalb die Vortragsfassung weitgehend bei und beschränke die Anmerkungen auf wenige Hinweise.

2) Vgl. dazu den Beitrag von Stefan Immerfall in diesem Band.

3) Gerhard A. Ritter u. Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 - 1918 (München, 1980).

über die Arbeiten von Blackbourn und Eley auf der einen, Langewiesche, Wehler, Kocka u. a. auf der anderen Seite zeigten. Die nichtspezialistische Dimension dieser zunächst fachwissenschaftlich eng anmutenden Debatte wurde spätestens sichtbar, als sie sich zur Auseinandersetzung über den "deutschen Sonderweg" ausweitete, der von Helga Grebing relativiert wurde 5), allerdings weiterhin die deutschen politischen Selbstgespräche über die eigene Identität prägt.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Zentrums für Historische Sozialforschung als einer gut etablierten Abteilung in einem angesehenen Institut zur empirischen Sozialforschung dürfen diese Sinndebatten nicht geführt werden - denn empirische Sozialforschung unterscheidet sich graduell doch erheblich von dem gesellschaftshistorischen Konzept einer kritischen Geschichtswissenschaft und historischen Sozialforschung, weil sie nach Daten, Fakten und Belegen, nicht aber nach einer Exposition des Problems, ob das Kaiserreich bürgerlich oder semifeudalistisch war, fragen mag 6).

Letztlich prägen diese Sinnfragen alle Kontroversen über den Charakter des Kaiserreiches und damit auch nach dessen historischen Stellenwert. Insofern sind die Auseinandersetzungen über den "deutschen Sonderweg" nur ein Vorspiel des "Historikerstreits" - zumindest sind manche der Fronten innerhalb dieser Auseinandersetzung zwischen Politik- und Gesellschaftsgeschichte bruchloser auf die zeitgeschichtliche Kontroverse zu übertragen, als die Auseinandersetzungen innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschung über den Grundcharakter des NS-Regimes. Immer lassen sich in der Gesellschaft des Kaiserreichs Elemente nachweisen, die in bemerkenswerter Weise Tendenzen der Feudalisierung oder Bürokratisierung, der Verbürgerlichung oder der Demokratisierung belegen. Die Herausforderung scheint mir in der Entwicklung von Untersuchungsfeldern zu liegen, die in gleicher Weise gesellschaftsgeschichtlich orientiert und politisch dimensioniert sind. Dies führt zur historischen Wahlforschung, zumindest dann, wenn sie integrativ orientiert ist und politische Ebenen der Durchsetzung des Politischen mit sozialgeschichtlich zu analysierenden Determinanten des Wahlverhaltens verbindet. In diesem Sinne wurde auch im Kaiserreich zuweilen die Bedeutung der Wahlen für die Untersuchung politischer Prozesse, schließlich sogar für die Analyse von säkularen Wandlungsprozessen begriffen. Besonders deutlich wird dies in sozialdemokratisch und liberal orientierten Untersuchungen der Politik im Kaiserreich. Ihnen verdanken manche der Studien, die seit der Mitte der sechziger Jahre die Kenntnisse über die Innenpolitik des Bismarckreiches und des Kaiserreiches vermehren, außerordentlich viel, denn sie übernehmen

4) Dazu jetzt sehr übersichtlich und umfassend Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830 - 1914: Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen, 1985).

5) Helga Grebing, Der 'deutsche Sonderweg' in Europa 1806 - 1945. Eine Kritik (Stuttgart u.a., 1986).

6) Insofern ist der angekündigte dritte Band von H. - U. Wehlers Gesellschaftsgeschichte von besonderer Bedeutung.

vielfach die publizistischen Deutungen damaliger Gegenwartspolitik bzw. "Zeitgeschichte" und wirken über liberale Historiker wie Veit Valentin, Johannes Ziekursch und Hans Rosenberg auf die moderne Forschung ein.

Im Rahmen des Forschungsprojekts "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im 19. und 20. Jahrhundert" versuchen wir, einen Einblick in deutsche Wahlauseinandersetzungen, Wahlprogramme und Wahlergebnisse zu bekommen. Ausgangsfragestellung ist die These von der regionalspezifischen Ausgangslage deutscher Parteipolitik und der Nationalisierung der Region durch Wahlauseinandersetzungen im Zuge der Fundamentalpolitisierung und Massendemokratisierung zwischen 1870 und 1914. Diese These bezieht sich auf die Ausweitung der Wahlbeteiligung (nach einer denkbar breiten Wahlberechtigung, die zu ihrer Zeit m. W. keinen Vergleichsfall besitzt), die politischen Konsequenzen der Alphabetisierung und die Entwicklung eines politischen Massenmarktes mit Presseorganen von unterschiedlichem Typ und Reichweite, mit Verbänden und Parteien, einer zunehmenden Inszenierung von Politik und einer tendenziellen Verselbständigung der einzelnen Elemente des politischen Systems<sup>7)</sup>. Allein die Konstatierung von säkularen Tendenzen und politischen Entwicklungen reicht nicht aus, denn bereits der oberflächliche Blick in Wahlstatistiken und die organisationsgeschichtliche Literatur der Zeit belegt unseren Eindruck. Insofern ist bis heute die von Gerhard A. Ritter 1973 erstmals neu zugänglich gemachte politisch-soziologische Deutung des sich durch Partizipation anscheinend demokratisierenden Parteien- und Interessensystems durch Lederer kaum überholt<sup>8)</sup>.

Deshalb ist nur ein Kenntniserwerb zu erwarten, wenn es gelingt, 1. die innere Differenzierung von Entwicklungen präziser zu fassen und 2. die Datengrundlage der herkömmlichen Wahlstatistik erfolgreich zu erweitern, indem die überlieferte Aggregatebene unterlaufen wird. Daß man dabei schon recht früh an daten- und überlieferungsbedingte Grenzen stößt, soll hier nicht eigens betont werden, um nicht schon jetzt mit der Defensivstrategie zu beginnen. Erweiterung der Datengrundlage bedeutet dabei sowohl die Vermehrung von Kenntnissen über Wahlkreiskandidaten und ihre Aufstellung, ihre lokale und regionale Verflechtung in Honoratiorengesellschaft und lokalen politischen Systemen der Willensbildung und Beeinflussung, als auch die Differenzierung der regional- und lokalspezifischen politischen Inszenierungsstrategien, aber auch der Wahlergebnisse - nach Möglichkeit weit unterhalb der Wahlkreisebene, die durch Reichstagswahlstatistiken in der Regel gut erschlossen wird. Dies schließt Landtags- und Selbstverwaltungs-

7) Insofern schließen wir uns bewußt an den modernisierungshistorischen Diskussionsstand an, der sich auf den wirkungsvollen Sammelband von Wolfgang Zapf, Hg., *Theorien des sozialen Wandels* (Köln, 1970, 2. Aufl.), bezieht. Dabei sind insbesondere die komparatistischen Anstöße von beträchtlichem heuristischen Wert.

8) Emil Lederer, *Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen*, in: Gerhard A. Ritter, Hg., *Die deutschen Parteien vor 1918* (Köln u. Berlin, 1973), S. 120 ff.

wahlergebnisse ein. Erst diese Differenzierung schafft die Voraussetzung für ein angemessenes Verständnis politischer Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Verbandsführungen und Ortsausschüssen, zwischen Wahlkampfzonen auf unterer Ebene und den publizistischen Kampagnen in der Hauptstadtresse. Zugleich schafft sie die Voraussetzungen für eine genaue Erfassung von Angleichungs- und Ausgleichsprozessen zwischen Konfliktpartnern, die im Zuge einer Herausbildung des politischen Massenmarktes zunehmend darauf angewiesen sind, Zustimmung außerhalb der bürokratischen Verwaltungs- und Entscheidungszentren zu suchen.

Im Konstitutionalismus verläuft eine entscheidende Konfliktlinie zwischen Regierung und den von ihr in obrigkeitstaatlicher Tradition dem Bereich der gesellschaftlichen Kräfte zugewiesenen Parteien, Kandidaten, Abgeordneten mit den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Medien <sup>9)</sup>. Diese Konfliktlinie soll von beiden sich gegenüberstehenden Machtgruppen zumindest gehalten und deshalb verteidigt werden, um dem Konstitutionalismus - einem geronnenen dilatorischen Kompromiß - feste Grundlagen zu schaffen oder - aus der Sicht der Regierungsgegner - Parlamentarisierungsprozesse voranzutreiben, die sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht mehr von Demokratisierungsprozessen scheiden lassen.

In diesem Konflikt mußte es für die Parteigänger des monarchischen Prinzips entscheidend sein, den eigenen politischen Handlungsspielraum auszuweiten - auf Kosten des Reichstags. Dies war möglich durch eine Beeinflussung der Zusammensetzung dieses Repräsentationsorgans, das gegen den Grundsatz des monarchischen Prinzips die Vitalität des Prinzips von der Volkssouveränität verkörperte.

Da der Reichstag aus Wahlen hervorging, bestand die Möglichkeit, durch Beeinflussung der Bevölkerung die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft mitzubestimmen. Erst wenn es der Regierung gelang, einen Gegensatz zwischen Reichstag (mit Abgeordneten, Parteien, Verbänden und der dazugehörigen Presse) und Wählerschaft zu thematisieren oder die Wählerschaft (mit Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Abgeordneten und ihre Fraktionierung im Reichstag) zu differenzieren, konnte sie die in der konstitutionellen Verfassung angelegte duale Struktur überspielen und die konkrete Zusammensetzung des Reichstags als Ausdruck und Szene der Volkssouveränität im Sinn ihrer eigenen Interessen mitprägen.

Diese Grundkonstellation prägt die politischen Konflikte der Kaiserzeit - sie macht allerdings niemals die ganze Konfliktdimension aus und beschreibt

9) Leider ist nach der großen Konzentration auf die innenpolitischen Konflikte im Kaiserreich die entwicklungsgeschichtliche Untersuchung des Verfassungssystems weitgehend zum Erliegen gekommen. Vgl. Ernst-Wolfgang B ö c k e n f ö r d e, Hg., *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte 1815 - 1918* (Köln, 1972) sowie die kritische Auseinandersetzung mit der Verfassungsgeschichtsschreibung von H. B r a n d t.

schon gar nicht die Handlungsdimensionen der Akteure im politischen Prozeß. Um den gouvernementalen Handlungsspielraum zu vergrößern, mußte die Regierung sich als ein geradezu unübersehbarer Faktor an den Wahlauseinandersetzungen beteiligen. Sie spielte deshalb viel stärker als die Parteien, die in Tendenzen der primären und sekundären Integration eingebunden blieben, Streitfragen hoch. Immer wieder gelang es auf diese Weise, dem konstitutionell latenten Konflikt einen publizistisch sinnfällig auswertbaren, punktuellen Ausdruck zu geben, der plebiszitäre Konflikt- und Entscheidungsdimensionen entfaltete. Das bedeutete zugleich, daß sich die Konfliktstrukturen im Kaiserreich zu einem erheblichen Teil im Medium des Politischen, also des sprachlich vermittelten, Erfahrungsraum und Erwartungshorizont verbindenden Deutungsbereichs von Gegensätzen zwischen Regierung und Öffentlichkeit entfalteten. Insofern sind Konflikte immer auch abgeleitet gewesen.

Die Parteien hingegen orientierten sich stärker an sozialen Grundsatzkonflikten, ohne aber die Kraft zu besitzen, sich den inszenierten Regierungsappellen zu verweigern. Jede Stellungnahme zur Regierungspareole - und diese wurde regelmäßig lanciert und beachtet - bedeutete, daß die Position der Regierung Ansatzpunkt politischer und innergesellschaftlicher Differenzierung wurde. Sozialstrukturen setzen die Bedingungen für eine Beantwortung des Appells in Wahlauseinandersetzung und Wahlentscheidung. Katholiken gegen Linksliberale, Konservative gegen Liberale, der "Bürgerblock" als Sammlungsbewegung gegen Sozialdemokraten und Linksliberale, die Scheidefunktion der Demokraten und Freisinnigen - alle Gegensätze hatten ihre Grundlage in Sozialstrukturen, in Milieus und regionalspezifischen Verhältnissen, bestimmten zugleich aber über die Deutung, vielleicht sogar über die Wahrnehmung von gesellschaftlich gegebenen Konfliktdimensionen.

Jeder innergesellschaftlich fundierte Kultur-, Konfessions- oder Interessenkonflikt wurde zugleich aber von den Konfliktpartnern gedeutet und zeigt insofern, daß die Verwirklichung der Regierungsintentionen nur in einem komplexen Bedingungsgeflecht konfessioneller, sozialer, ideologischer und regionaler Gegenfaktoren stattfand, die unübersehbar Integrationsgrenzen aufzeigten. Hier liegen auch die Grenzen zu einem aktuellen Politikverständnis. Operiert Offen etwa mit dem Begriff der "apathischen Folgebereitschaft", um die Wirkungen der durch den, wie er sagt, "Staatsapparat" gewährleisteten Massenloyalität darzustellen und zugleich den Wählern weitgehend ihren autonomen Gestaltungswillen abzusprechen 10), so zog Bebel auf dem ersten Parteitag nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes in Halle 1890 einen anderen Schluß und bekräftigte seine Vorstellung des unbeeinflussbaren, mündigen Individuums: "Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung

10) Claus O f f e, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: G. K r e s s u. D. S e n g h a a s, Hgg., Politikwissenschaft (Frankfurt/M., 1972), S. 157.

des Stimmrechtes unmöglich gewesen, wir hätten keine Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten..."<sup>11)</sup>).

Zur realistischen Einschätzung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und politischen Konflikten zwischen 1867 und 1918 wird man Parteien und Parlamente keineswegs vorrangig oder ausschließlich als "Filter- und Disziplinierungsinstitutionen" bezeichnen können, zumindest nicht in gouvernementaler Verengung. Sie waren stets auch Sprachrohr, in dieser Hinsicht aber abhängig von denjenigen, die über dieses Artikulationsorgan verfügten. Wahlen hatten aber in jedem Fall eine demonstrative Bedeutung und gaben Antwort auf Problemstellungen, somit indirekt auch auf Probleme und Konfliktdimensionen offener oder latenter Art. Sie lassen sich erschließen, erklären sich jedoch nicht allein aus den Wahlaggregaten, wie häufig in den Arbeiten über das Kaiserreich angenommen zu werden scheint. Für die Parteien der Opposition kam den Stimmergebnissen eine demonstrative Bedeutung zu, die sich nicht in unmittelbare Macht umsetzen ließ. Für die Regierung und die Verwaltung kam in den Stimmergebnissen die durch gouvernementale Parteien bewerkstelligte Integration von konfligierenden Tendenzen, Gruppen und Regionen (etwa im Hinblick auf die "Reichsfeinde") zum Ausdruck. Die in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommenden Desintegrationstendenzen verstärkten wiederum die Integrationsbemühungen der gouvernementalen Seite und die Arbeit der Zuspitzung auf seiten der Opposition. So erscheinen die Wahlergebnisse als Ausdruck eines Wählerverhaltens, das politische, soziale, kulturelle und konfessionelle, regionale, historische und aktuelle Konflikte in gleicher oder räumlich jeweils unterschiedlicher, auch unterschiedlich "dichter" Weise zu bewältigen hat. Die Aufgabe der Wahlforschung zum Kaiserreich scheint unter diesem Gesichtspunkt in der Entzerrung, der Differenzierung dieses Spektrums zu liegen. Dies führt zu einer Komplizierung der Wahlforschung, weil - überdies auf einer im Vergleich zu späteren Epochen relativ problematischen Materialbasis - die verschiedenen Dimensionen der Beeinflussung des Wahl- und Wählerverhaltens auf die Bündelung von Determinanten des Wahlverhaltens hinauslaufen, die sich in der modernen Theorie des Wählerverhaltens zu einer komplexen und in jedem Fall komplizierten Gesamtdeutung fügen.

Unsere Überlegungen haben deshalb stark im Zusammenhang mit der Erforschung politischer Kultur gestanden, weil die Verbindung von Wahlergebnissen und Wahlauseinandersetzungen vor dem Hintergrund regionalgeschichtlicher Einzelbefunde und rekonstruierter wahlkreisbezogener Sozialdaten die Integration von Inszenierungsstrategien, Deutungsdimensionen, Erwartungshorizonten, die Verbindung zwischen Vergangenheitsdeutung und Zukunftsperspektive mithin gestatten. Die Frage nach möglichen Indikatoren einer derartigen historisch und

11) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Halle, 1890, Berlin, 1890), S. 33.

regionalspezifisch orientierten Erforschung politischer Kultur verweist in jedem Fall auf Wahlergebnisse, Wahlprogramme, Wahlvoraussetzungen, auf sich in den Wahlsequenzen manifestierendes geronnenes Verhalten ebenso wie auf eingeschliffene, ritualisierte, zeittypische oder sich in gesellschaftlichen Konflikten oder sozialen Prozessen durchsetzende Begriffe. Wenn sich in den sinndeutenden und ergebnisbezogenen Daten vergangene Konfliktdimensionen greifen lassen, nähert sich die semantische 12) und auf Wahlaggregate bezogene Wahlanalyse der Erforschung milieuspezifischer Weltsicht.

Erst auf der Grundlage von breitgefächerten, d.h. sozial, kulturell, politisch und regional differenzierten Materialzusammenstellungen lassen sich die Voraussetzungen für eine Analyse des Verhältnisses zwischen Teilkulturen und dominanten oder im Geschichtsverlauf dominierend werdenden "nationalen" Kulturen schaffen.

Weil in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung den regionalspezifischen Teilkulturen zukommt, die sich sowohl in einzelstaatlicher Abgrenzung als auch in milieuorientierter Charakterisierung beschreiben lassen, haben wir uns zunächst stark auf die Schaffung von Vergleichsmaßstäben regionalspezifischer Differenzierung konzentriert - durch die Sammlung von Daten für typisierte Wahlkreise und die Aufbereitung der nationalen Wahlergebnisse auf Wahlkreisebene. Die Daten für einzelne Wahlkreise zielten dabei auf die Rekonstruktion von Langzeitreihen auf Stimmbezirksebene 13).

Die regionale politische Kulturforschung hat nicht nur die Herausbildung regionaltypischer einzelstaatlicher Kulturen in jüngster, also zeitgeschichtlicher Vergangenheit betont, sondern auch die jeweilige Vorgeschichte eines modernen Landes- und Landschaftsbewußtseins erfaßt, das auf einer Mesoebene als Regionalbewußtsein identifizierbar bleibt 14). Dabei zeigt sich, daß in der regionalspezifischen und -differenzierenden Kulturforschung durchaus von der relativen Dauerhaftigkeit und Revitalisierbarkeit derartiger Teilkulturen ausgegangen werden kann. Problematisch bleibt dabei lediglich, inwieweit die regional begrenzten Teilkulturen schichtenübergreifend oder schichtenrelativierend sind und wie ihr Verhältnis zur unüberschaubar schichtengeprägten Subkultur, zur politisch orientierten Gegenkultur und zur nationalen politischen Kultur bestimmt werden kann. Gerade regionale Untersuchungen zur politischen Teilkultur deutscher Länder zeigen, daß latente Strukturen der Wertbeziehungen und Wertvorstellungen im Laufe von Jahren, von Wahlkämpfen, von Generationswandlungen immer neu

12) Vgl. dazu jetzt Dietrich B u s s e, Historische Semantik. Analyse eines Programms (Stuttgart, 1987).

13) Hier liegen inzwischen Ergebnisse vor, die Stefan I m m e r f a l l beschrieben hat: "The Passau-Project on Historical Electoral Research - Old Problems and New Perspectives", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 41 (1988), S. 125 - 136.

14) Zur neuesten Diskussion: Informationen zur Raumentwicklung H. 7/8 (1987, Regionalbewußtsein und Regionalentwicklung), hg. v. d. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.



revitalisiert werden können oder sich mit aktuellen Weltdeutungen oder zeitgeschichtlich näheren Erfahrungen überlagern. Sie wirken dabei ebenso auf die dominante Kultur ein, wie sie von dieser beeinflusst werden. Dies zeigen insbesondere Wahlkampfvergleiche, die auf die Darstellung unterschiedlicher Systemebenen oder lokaler Bezugs- und Entfaltungsräume zielen. Bisher sind allerdings die meisten der politischen und kulturellen, der sozialen und auch konfessionellen Austausch- und Transportprozesse unbekannt - deshalb haben wir die Beziehungen zwischen regionalen Wahlprogrammdiskussionen und zentralen Programmsetzungen dokumentiert. Auf diese Weise lassen sich Beziehungen zwischen Teil- und Dominanzkulturen greifen, die in der Regel als Beeinflussungsprozesse in der partei-, wahl- und pressegeschichtlichen Literatur mehr konstatiert als analysiert werden. Als eine wichtige Aufgabe der Wahlforschung über das Kaiserreich muß die Erforschung der Entstehung politischer Nationalkulturen aus der Kenntnis regionalspezifischer Teilkulturen gelten, die in sich die vielfach auf eine nationale Analyseebene getragenen konfessionellen, landschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekte aufnimmt. Dabei zeigt sich bereits jetzt, daß die sogenannte "gesamte politische Kultur" keineswegs als Summierung von Teilkulturen beschrieben werden kann, weil sich in diesen jeweils eine spezifisch und von regionaldifferenzierten Erfahrungen ebenso wie von nationalgeschichtlichen Anstößen geprägte Verarbeitung von Impulsen und Integration von Herausforderungen partialer Kulturen spiegelt. In diesem Prozeß kommt den welterschließenden und weltdeutenden Eliten eine besondere Bedeutung zu, die sich nicht durch deren Reduktion auf Meinungsführerrollen erfassen läßt. Nationalisierte Kultur, die sich im Medium der Wahlauseinandersetzungen und der Wahlergebnisse greifen läßt, ist so niemals allein das Ergebnis eines Prozesses, sondern bleibt stets auf diesen Entstehungsprozeß bezogen - mit der Möglichkeit eines Rückschlages, also einer neuen Regionalisierung der Politik.

Im 19. Jahrhundert ist die Nationalisierung vor allem die Folge einer allgemeinen Politisierung, die sich vor dem Hintergrund nationaler Marktbeziehungen, eines sich außerordentlich rasch entfaltenden Parteien- und Verbandssystems, einer Politisierung des kulturellen Konflikts zwischen Staat und Kirche und einer Ausdifferenzierung sozialer Strukturen und Interessendimensionen ergibt<sup>15</sup>). Dies bedeutet nicht, die Geschichte des Kaiserreiches primär unter dem Blickwinkel des Paradigmas von der Entstehung des Nationalstaates zum Ausgangs- und Zielpunkt zu machen. Der Entstehungsprozeß des "Nation Building" ist mehr als die "Formation of National States", nämlich die Konsequenz und Voraussetzung eines gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsvorgangs, in dessen Verlauf sich traditionale Orientierungen abschleifen und durch neue ersetzt werden, die in sich Reste der alten bewahren. Augenscheinlich verlieren Lokal- und Regional-, Gruppen- und Standesbewußtsein im Laufe dieser Entwicklung an Bedeutung:

15) Trotz aller Kritik bisher unübertroffen H. U. W e h l e r, Das deutsche Kaiserreich (Göttingen, 1973).

Mobilisierung und Politisierung münden in eine Polarisierung, die die innere Nationalstaatsbildung prägt und die Stationen des inneren Kampfkurses, der seinen Ausdruck vor allem in den Wahl- und Wählerbewegungen findet, zu dem wichtigsten Vehikel der Nationalisierung von Partialekulturen macht 16).

Ausgangsvermutung jeder Untersuchung der Nationalisierung von Regionen im Zuge von "Nation-Building-Processes" ist die Verschmelzung unterschiedlicher "traditionaler Milieus", die präzise zu bestimmen sind, zu einer neuen Einheit politisch-kultureller Milieus, die abhängig bleiben von Entwicklungen und Inszenierungen, von Integrationsanstrengungen und -leistungen. Diese Einheit bleibt durch die regionalspezifischen Startbedingungen geprägt und tritt stets jenen formierenden Entwicklungen und Konflikten an die Seite, die stärker durch hauptstädtische Bühnen politischer Auseinandersetzungen und die Wirkungen von sich herausbildenden Institutionen gesamtstaatlicher Willensbildung geprägt bleiben. Die Frage ist dabei weniger, ob, sondern wie die gesamt-national manifesten Entwicklungen die vielfach beobachteten regionalen "Abschleifungsprozesse" geprägt, überlagert, gebrochen, verdrängt oder gemischt haben. Dabei sind historische Erkenntnisse nur zu erwarten, wenn man nicht vom Ende der historischen Entwicklung, dem konsolidierten Nationalstaat, her urteilt, sondern die regionalspezifischen Ausgangssituationen nationalstaatlicher Entwicklung als Beginn einer Intensivierung regionaler Politik, diese aber - mit Schieder - als etwas für die deutsche Geschichte Konstitutives begreift. Damit werden die Herausbildung und Konsolidierung des nationalen Kulturstaates als Angleichung von Regionalismen erklärbar, d.h. als Zusammenbindung verschiedener politischer und politisierbarer Geschichtslandschaften. Sie erscheinen nicht allein als komplexe sozialgeschichtliche Gebilde, sondern als differenzierte Voraussetzungen für die Entstehung und Wirkung von Mentalitäten und Wahrnehmungsweisen. Wie kaum ein zweiter hat dies Heberle empfunden und zum Ausgangspunkt seiner politischen Soziologie gemacht (wobei allerdings die Brechung durch generative Lagerungen nicht verschwiegen werden darf).

In der politischen Soziologie werden die Austausch- und Angleichungsprozesse fundamentaler Politisierung und Nationalisierung im Gegensatz von zentralen und peripheren Bezugspunkten politischer Konflikte erklärt. Dabei wird die Hypothese aufgestellt, daß sich die politischen Konfliktlinien, die das Zentrum prägen, auch in den politischen, kulturellen und regionalen Randzonen durchsetzen. Ein gravierendes Unterscheidungsproblem stellt sich für die notwendige Abgrenzung von Politisierung und Nationalisierung. Beide Entwicklungen müssen aufeinander bezogen, zugleich aber auch isoliert betrachtet werden. Für sich ge-

16) Hier folge ich weitgehend den Deutungsschemata von Stein Rokkan. Vgl. dazu im Zusammenhang mit der Wahlforschung Peter Steinhach, Deutungsmuster der historischen Modernisierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen, in: Otto Büsch u. Peter Steinhach, Hgg., Vergleichende europäische Wahlgeschichte (Berlin, 1983), S. 158 ff.

nommen, erscheinen sie so als je eigene Entwicklungen mit einer ebenfalls je spezifischen Differenzierung. Damit stellt sich das Problem der Modellbildung. Ein überzeugendes, von der Geschichtswissenschaft und historisch orientierten Politikwissenschaft bis heute jedoch nicht hinreichend überprüftes oder in seiner anregenden Wirkung begriffenes Politisierungsmodell hat Stein Rokkan formuliert 17). Es weist überdies den Vorzug auf, in die säkularen, vergleichend zu analysierenden Prozesse der Nationalstaatsbildung eingebunden werden zu können. Rokkan koppelte dabei Modernisierungsprozesse an die wachsende und sich qualitativ verändernde Partizipation und machte auf diese Weise den gesamtgesellschaftlichen sozialen und immer wieder Konflikte und Krisen verschärfenden Wandel zum Bezugspunkt einer Analyse politischer Beteiligung.

An seine Erfahrungen und Vorschläge, die zunächst vor allem im Hinblick auf die Entwicklung einer norwegischen Wahldatenbank auf Stimmbezirksebene formuliert wurden, haben wir mit unserem Projekt über "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen" angeknüpft und auf diese Weise nach den sich wandelnden Handlungs- und Verhaltensbedingungen des wahlaktiven Distriktbürgers auf der untersten Stufe des politischen Systems gefragt. Damit rückte dann auch erneut die Bedeutung "regionaler und lokaler Gegensätze" in der eingangs angedeuteten Verschränkung - also im Spannungsverhältnis von Zentrum und Peripherie einerseits, als innerregionaler oder -kommunaler Konflikt andererseits - in den Blick.

Die These vom Zusammenbruch der traditionellen territorialen Gegensätze im Zuge der Nationalstaatsbildung kann in gleicher Weise durch die Politisierung lokaler Wahlen oder das Auftreten von Parteien illustriert werden, die zunächst auf nationaler Ebene organisiert sind. Dies zeigt sich insbesondere an der südwestdeutschen Wahlentwicklung. Die Wahlbürger gelten sowohl als beeinflußt durch regional geprägte Bestimmungsgründe als auch durch Faktoren auf den "höheren Stufen des Systems". Der durch eine Verschränkung von regionalen und nationalen Einflußfaktoren, die in sich wieder sozial, politisch, kulturell usw. zu differenzieren sind, charakterisierte Vorgang wachsender Partizipation läßt sich nach Rokkan unterscheiden und verlaufstypologisch gliedern: durch die Inkorporation von Stimmberechtigten, die Mobilisierung der Wähler, ihre über einzelne Wahlauseinandersetzungen hinausgehende Aktivierung, die gleichzeitig mit dem Zusammenbruch traditionaler lokaler Wertsysteme erfolgende wachsende Politisierung, die schließlich in die Polarisierung mündet. Diese von Stein Rokkan entwickelten und definierten Prozesse kennzeichnen gleichzeitig Entwicklungsschwellen und fordern als solche die in den politischen Prozeß eingebundenen, ihn gestaltenden, zugleich aber auch von ihm abhängigen Eliten heraus. Über die Reaktionen der politischen Eliten sind wir bisher nur unzusammenhängend informiert, insbesondere im Hinblick auf die Fundamentalisierungs-

17) Vgl. dazu die Überlegungen ebda., ferner Rokkans Beitrag für den Sammelband von W. Z a p f (wie Anm. 7).

vorgänge selbst. Besser sind unsere Kenntnisse für den Zeitraum vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges oder für die parlamentarische Ebene - die Erforschung der Beziehungen zwischen den zentralen Eliten und den regionalen Eliten, die wir vor allem in der Kategorie des Honoratiors erfassen, steht aber noch weitgehend aus.

Die Bestimmung der Schwellen läßt sich unterschiedlich gut markieren. Ein vergleichsweise harter Indikator steht für die Zahl der Wahlberechtigten zur Verfügung. Die Mobilisierung kann über Wahlbeteiligungsraten erschlossen werden. Die Aktivierungsschwelle kann nur unter Berücksichtigung des Vereinslebens und der Vereinsstrukturen, der Verbreitung der Presse, der Kirchenbindungen und -aktivitäten, der aktiven Parteizugehörigkeit festgelegt werden. Die Politisierung bedarf in starkem Maße der Erforschung und Darstellung von Wahlthemen, von politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungsdispositionen. Dabei zeigt sich, daß eine besondere Bedeutung den Kultur-, Bildungs- und Erziehungsfragen zukommt, weil sich über diese Themen vor allem die konfessionelle Dimension politischen Verhaltens ansprechen läßt. Dazu kommen natürlich große einzelstaatliche Kontroversen - von der bayerischen Parlamentarisierung bis zum preußischen Dreiklassenwahlrecht. Die Politisierung ist vor allem durch wertbeladene Kontroversen beeinflusbar, wie die großen inszenierten Wahlen von 1878, 1887 und 1907 zeigen.

Soziale Interessen scheinen hingegen die Polarisierung zu prägen. Sie sind vor allem in den Besteuerungskontroversen greifbar, die sich interessenpolitisch und -strategisch aufzuladen scheinen. Steuerkonflikte werden zum wichtigsten Vehikel einer durchgehaltenen Politisierung, die schließlich in eine verfestigte Polarisierung führt. Umso bedauerlicher ist es, daß Untersuchungen über Steuerauseinandersetzungen in den Einzelstaaten noch weitgehend fehlen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Auseinandersetzungen über das Dreiklassenwahlrecht, vor allem auf kommunaler Ebene, die Debatten über die Interessenvertretung durch Verbände und deren Beziehungen zu den Bürokratien von Reich und Einzelstaaten. Die Polarisierung läßt sich für das 19. Jahrhundert zunächst vor allem am Gegensatz zwischen Liberalismus und Konservatismus, anschließend zwischen Katholizismus und Nationalliberalismus im weiteren Sinne eines gouvernemental beeinflussbaren Liberalismus, schließlich dann in der Abgrenzung zwischen Arbeiterbewegung und "Bürgerblock" - dem Bürgertum im weiteren Sinn, teilweise unter Einfluß konservativer ländlicher Gruppen - nachweisen. Die Schattierung der Konfrontationen wird zum Problem vor allem für eine Bestimmung von Langzeitreihen politischer Polarisierung. Die Scheidung zwischen Arbeiterbewegung und konservativ-liberalem Bürgertum läßt sich in den meisten Wahlbewegungen des 19. Jahrhunderts nachweisen; sie wird jedoch immer wieder durch andere Konfliktlinien - etwa zwischen gouvernementalen und sogenannten "antigouvernementalen" Parteien beeinflusst und relativiert. Besonders schwierig gestaltet sich die Festlegung der Partei des politischen Katholizismus, weil sie im Zuge des Kulturkampfes regionale politische Kul-

turen nationalisieren und nach der Entschärfung der Gegensätze nivellieren kann. Allerdings besteht die Vermutung, daß es sich bei den hochgradig politisierenden Konflikten des frühen deutschen Nationalstaats um Sonderfälle handelt, die nur begrenzt verallgemeinerungsfähig sind. Werfen wir abschließend die Frage nach der Nationalisierung der Region im Spannungsfeld regionalisierter Politik auf, so stellt sich in der weiteren Bearbeitung das Problem der Bezugsgrößen und der isolierbaren Problemfelder. Dies ist vor allem dann unabweisbar, wenn wir die regionale Politisierung in den Zusammenhang der Modernisierung stellen und auf diese Weise auf Phänomene sozialen Wandels und der Industrialisierung einschließlich ihrer nichtökonomischen Konsequenzen beziehen. Nationalisierung soll in diesem Zusammenhang die Integration einer nationalen Teileinheit - eines Bundesstaates, einer Provinz oder eines Wirtschaftsraumes - in nationale Sozialstrukturen und politische Kulturen überregionaler Art bedeuten. Dabei ist keineswegs nur auf sozialgeschichtliche Angleichungen abgestellt, sondern sollte eine politische und politisierbare Position mitgedacht werden.

In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, zu betonen, daß die verringerten Distanzen von der Wahlbevölkerung überhaupt wahrgenommen werden müssen - sie sind mithin von der Deutung durch politische und kulturelle Eliten abhängig, die in der Deutung auch ihren politischen Interessen dienen. Nationalisierung ist so auch Ausdruck einer Distanz oder eines Spannungsverhältnisses sozialer, politischer und kultureller Art und kann qualitativ durch Unterschiede zwischen regionalen und nationalen Wahlkampfthemen, quantitativ durch Differenzen zwischen Wahlkreis- oder Stimmbezirksergebnissen auf der einen, den Reichsergebnissen auf der anderen Seite bestimmt werden. Wahlbeteiligungsraten, Parteipräferenzen, Polarisierungsquotienten und Differenzwerte zwischen Parteiergebnissen werden zum Indikator von Übereinstimmungen, Abweichungen oder Annäherungen im Stimmverhältnis. Auch Programmdiskussionen und Mobilisierungsstrategien bzw. -methoden geben Aufschluß über regionalspezifische Beharrung oder nationalisierende "Abschleifung". Der Vergleich zwischen den Prozessen politischer Mobilisierung und den Ergebnissen der Wahlentscheidung auf unterschiedlichen Systemebenen darf sich in Übereinstimmung mit dem auf die Analyse des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie zielenden Ansatz von Rokkan nicht auf die Untersuchung von Zentren des Wandels wie industrialisierten Ballungszentren beschränken. Vielmehr ist auch die Erforschung von "Passivregionen", also den nur mittelbar oder indirekt dem sozialen Wandel durch Industrialisierung und Urbanisierung ausgesetzten Regionen, von Bedeutung.

Besteht Klarheit über Erkenntnisabsicht und Fragestellung, über das zu testende Paradigma und die zugrundegelegten Entwicklungsschwellen, so gilt es weiterhin, eine Auswahl von Untersuchungsregionen zu finden, die sich für die Durchführung der geplanten Untersuchung eignen. Sie müssen überschaubar sein, sollten abgegrenzt werden können, sich gleichzeitig aber auch durch ein regio-

nales Eigenbewußtsein auszeichnen, welches modernisierungstheoretisch angemessene Prozeßanalysen des Übergangs von einem als traditional definierten Zustand in einen als "modern" bezeichneten gestattet. Hier stellt sich augenblicklich die größte Gefahr des Selbstbetrugs, weil die Auswahl überlieferungsabhängig ist und nicht selten auch vom landeshistorischen Forschungsstand beeinflusst bleibt. Auch die Verwendung von Modernitätsbegriffen und Traditionalitätskriterien bleibt problematisch und prekär, weil mit Vorstellungen argumentiert wird, die vielfach erst noch zu belegen sind. Überdies hat die Krise der Modernisierungstheorie in einem Punkt Klarheit gebracht: daß die Vorstellung eines unlinearen Prozesses illusionär ist und von einer Neben- und Überlagerung ungleichzeitiger Phänomene in der Gleichzeitigkeit auszugehen ist 18).

Traditional bedeutet in diesem Zusammenhang, daß in einem Gebiet als Folge von verkehrsmäßiger Abgeschlossenheit sich eine deutlich lokalitätsgeprägte Öffentlichkeit herausgebildet hat, die eine spezifische Färbung der regional verbreiteten Wertvorstellungen und Weltdeutungen bewirken konnte und auf diese Weise eine unverkennbare lokale Anschauung von Politik herausbildete. In der Konfrontation zwischen einer derartig manifesten regional- oder lokalspezifischen Struktur des als Politik wahrgenommenen Horizonts von Deutungen und Veränderungen, von Zielen und Werten mit den politischen Themen des nationalen politischen Systems und Prozesses kommt es zu spezifischen Überlagerungen, "Abschleifungen" oder auch Aufhebungen der regionalspezifischen und nationalen Wertstruktur - jeweils natürlich im regionalen Kontext der Untersuchungseinheit -, die sich als mehr oder minder weit fortgeschrittene Nationalisierung der Region bzw. als mehr oder minder behauptete Regionalisierung der Politik feststellen läßt und in dieser Weise auf die Spannung zwischen nationalen Wertvorstellungen und regionaler Wertbeharrung verweist. Nicht immer "erschlagen" nationale Themen den regionalspezifischen Werte-horizont - und schon gar nicht können sich nationalstaatlich orientierte Wahlkampfthemen und Konfliktdeutungen bis auf die unteren Ebenen des politischen Systems ungebrochen und unverformt durchsetzen.

Die hier skizzierte Ausgangsvoraussetzung läßt sich weiterhin optimieren, wenn Regionen benannt werden können, deren lokales Politiksystem durch eindeutige lokal- und regionalspezifische Faktoren politisiert worden ist. Wie wirken sich etwa die regional zugespitzten Konflikte des Kulturkampfes aus? Wie stellen sich die Konsequenzen von Verfassungskonflikten in der Deutung weitaus späterer Jahre dar? Wie deuten Sozialdemokraten die Erfahrungen ihrer Verfolgung durch Bismarcks Politik im regionalen Kontext? Hier schließt sich die Verbindung zur Wahrnehmungs- und Alltagsgeschichte, und ich denke, daß sie ebenso der quantifizierenden Unterfütterung bedarf, wie der empirischen historischen Sozialforschung hermeneutische Überschußpotentiale dienlich sein können. Nur auf diese

18) Vgl. jetzt Jürgen B e r g m a n n u.a., Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Opladen, 1986).

Weise lassen sich die wahrnehmungsrelevanten regionalspezifischen Erfahrungen mit generationsspezifischen Prägungen, Grunderfahrungen der Erwachsenensozialisation in der Analyse politischer Artikulationsformen zusammenbündeln. Zum Beispiel bewirkt so der Katholizismus des Kölner Raumes eine deutliche Distanzierung der rheinischen Peripherie vom politischen Zentrum Preußens und des Deutschen Reiches. Von sozialgeschichtlichem Interesse ist die Darstellung des sozialen Wandels in einem Gebiet, dessen Eintritt in das Industriezeitalter gleichzeitig mit dem Erlaß des allgemeinen Wahlrechts erfolgt. Historisch-politische Fragestellungen ließen sich verfolgen, wenn Wahlkreisregionen mit unverkennbarer Eigengeschichte abgegrenzt werden könnten - wie beispielsweise das Allgäu oder Braunschweig. Notwendig wäre die Untersuchung konfessioneller Konflikte, nicht allein in katholischen, sondern auch in protestantischen Regionen, um den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Aktivierung vor allem der Unterschichten, ggf. sogar im Vergleich zwischen dem einzelstaatlichen Dreiklassenwahlrecht und dem allgemeinen Reichstagswahlrecht, darzustellen.

Im Zusammenhang mit dem hier skizzierten größeren Untersuchungsvorhaben sind bisher Langzeitreihen von Wahlergebnissen für das Herzogtum Braunschweig, die Hansestadt Lübeck, einzelne Wahlkreise in der Oberpfalz und Niederbayern, das Fürstentum Lippe und die Stadt Frankfurt auf Stimmbezirksebene erstellt worden. Daneben wurden die Reichstagswahlergebnisse seit 1867 datenverarbeitungsmäßig erfaßt, um auf diese Weise die Voraussetzungen für die Überprüfung von Entwicklungsmodellen politischer Partizipation zu schaffen und insbesondere die Typologie politischer Entwicklung von Stein Rokkan zu überprüfen. Einige Ergebnisse werden im folgenden Beitrag vorgestellt.

Die Fixierung auf Schwellen partizipationstheoretisch bestimmter Modernisierung darf allerdings nicht den Blick für Verläufe der Re-Regionalisierung und De-Modernisierung, für Beharrung oder periphere Entwicklungen der Provinz verstellen, die Ausdruck ungleichzeitiger Entwicklung oder partieller Modernisierung sein können. Niemals aber sind diese Tendenzen eigengewichtige Phänomene, sondern bleiben in Entstehung und Deutung abhängig und dienen Eliten dazu, ihre wertsetzende Bedeutung zu artikulieren und im politischen Prozeß zu realisieren. Insofern muß immer wieder nachdrücklich gegen die isolierte Betrachtung von Wahlaggregaten und Sozialstrukturdaten angearbeitet werden. Ich plädiere für ein integrales Konzept historisch-politischer Wahlforschung am Beispiel des Kaiserreichs. Es ließ sich im Zusammenhang des Interesses, welches sich auf die Erforschung der Nationalisierung und Politisierung der Region richtet, als Regionalisierung von Politik und politischen Vorstellungen thematisieren. Dabei würde sich erweisen, daß keineswegs nur heute von regionalpolitischen Herausforderungen und regionalistischen Bewegungen Politisierungsschübe ausgehen können. Vorliegende Befunde über die Nachwirkungen regionaler Konflikte zeigen vielmehr, daß nach der Erreichung eines gewissen Beteiligungs-

standards gerade derartige lokal begrenzte Auseinandersetzungen Regionalmilieus prägen und in bemerkenswertem Maße politisierend und mobilisierend wirken können.

Und ich plädiere für eine Berücksichtigung der Regionen. Unter Beachtung sowohl von partizipationshistorischen Fragestellungen der Modernisierungsforschung als auch von quellenmäßigen Voraussetzungen und den eben angedeuteten inhaltlichen Auswahlkriterien scheinen mir die deutschen Kleinräume, sinnvoll unter expliziten Fragestellungen ausgewählt, besonders geeignet zu sein, um das Spannungsverhältnis zwischen regionalspezifischen Politisierungen und der Nationalisierung der Region im langzeitorientierten analytischen Zugriff darzustellen. In einzelnen Schritten lassen sich Divergenzen und Distanzen, aber auch Annäherungen zwischen politischen Kräften und Lagern in regionspezifischer Differenzierung darstellen. Lassen sich bisher auch keineswegs geschlossene regionale politische Kulturen erfassen, so steht doch zu vermuten, daß mit den dichter werdenden, systematisch aufeinander bezogenen regionalen Wahlkampfstudien und Wahlanalysen die Voraussetzungen für die Erfassung regionaler politischer Kulturen in ihrer Genese und Prägung durch die nationalen Faktoren geschaffen werden.

Die Frage lautet vergleichsweise einfach: "Wie kommen Wahlen zustande?", fragte etwa die konservative Kreuzzeitung 1867. Die Antworten fallen uns heute leichter als zu Beginn der Wahlrechtsausweitung. Dennoch fallen sie uns immer noch schwer genug.